

# Inhaltsübersicht

Vorwort .....	V
Inhaltsverzeichnis .....	IX
Abkürzungsverzeichnis .....	XIX
Einführung .....	1
<i>A. Formen der Lösung von völkerrechtlichen Verträgen:     Vertragskündigung und Treaty Override .....</i>	3
<i>B. Die verfassungsrechtliche Bewertung der Lösung von völkerrechtlichen     Verträgen nach inhaltlichen Gesichtspunkten .....</i>	5
1. Teil: Die Kündigung völkerrechtlicher Verträge .....	13
<i>A. Völkerrechtliche Regeln zur Vertragskündigung .....</i>	13
<i>B. Verfassungsrechtliche Regeln zur Vertragskündigung .....</i>	27
2. Teil: Treaty Override .....	81
<i>A. Völkerrechtliche Regeln zum Treaty Override .....</i>	81
<i>B. Die verfassungsrechtliche Zulässigkeit des Treaty Overrides .....</i>	104
3. Teil: Die Lösung von bestimmten Arten von völkerrechtlichen Verträgen .....	135
<i>A. Gründungsverträge kollektiver Sicherheitssysteme .....</i>	135
<i>B. Menschenrechtliche Verträge .....</i>	186
<i>C. Verträge zum Umfang des deutschen Staatsgebiets (insb. der     Zwei-plus-Vier-Vertrag) .....</i>	228

<b>Zusammenfassung und Schlussbetrachtungen</b> .....	255
<i>A. Die Kündigung völkerrechtlicher Verträge (1. Teil)</i> .....	255
<i>B. Treaty Override (2. Teil)</i> .....	256
<i>C. Gemeinsame Betrachtungen zum 1. und 2. Teil</i> .....	259
<i>D. Die Lösung von bestimmten Arten von völkerrechtlichen Verträgen (3. Teil)</i> .....	262
<i>E. Schlussbetrachtungen</i> .....	266
<b>Thesen (Kurzzusammenfassung)</b> .....	268
<b>Literaturverzeichnis</b> .....	271
<b>Register</b> .....	295

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	V
Inhaltsübersicht .....	VII
Abkürzungsverzeichnis .....	XIX
Einführung .....	1
<i>A. Formen der Lösung von völkerrechtlichen Verträgen:   Vertragskündigung und Treaty Override</i> .....	3
<i>B. Die verfassungsrechtliche Bewertung der Lösung von völkerrechtlichen   Verträgen nach inhaltlichen Gesichtspunkten</i> .....	5
I. Kollektive Sicherheitssysteme; Menschenrechte .....	8
II. Zwei-plus-Vier-Vertrag .....	10
1. Teil: Die Kündigung völkerrechtlicher Verträge .....	13
<i>A. Völkerrechtliche Regeln zur Vertragskündigung</i> .....	13
I. Grundlagen .....	14
1. Begriff der Kündigung .....	14
2. Abgrenzung der Vertragskündigung von verwandten Rechtsinstituten .....	15
II. Kündigung von Verträgen gemäß vertraglichen Kündigungsklauseln .....	16
III. Das Recht zur Kündigung nach der WVRK .....	18
1. „Gewillkürte Kündigung“ .....	18
a) Die Regelung des Art. 56 Abs. 1 WVRK .....	19
b) Recht zum Austritt aus den Vereinten Nationen? .....	20
2. Kündigung infolge Vertragsverletzung, Art. 60 WVRK .....	21
3. Kündigung wegen nachträglicher Unmöglichkeit der Erfüllung, Art. 61 WVRK, oder wegen grundlegender Änderung der Umstände, Art. 62 WVRK .....	22
4. Teilkündigung, Art. 44 WVRK .....	24
IV. Das Verfahren der Kündigung nach der WVRK .....	24
1. Verfahren und Form, Art. 65 ff. WVRK .....	24

2. Zuständigkeit .....	25
3. Folgen der Kündigung, Art. 70 WVRK .....	26
V. Zusammenfassung .....	26
B. Verfassungsrechtliche Regeln zur Vertragskündigung .....	27
I. Gewaltenteilung im Bereich der auswärtigen Gewalt .....	28
1. Grundsatz der Gewaltenteilung .....	28
a) Verankerung des Gewaltenteilungsprinzips im Grundgesetz .....	28
b) Aufgaben der drei Gewalten .....	30
c) Gewaltenschränkung .....	32
d) Kernbereiche von Legislative und Exekutive .....	32
aa) Legislative: Gesetzesvorbehalt und Wesentlichkeitsgedanke .....	33
bb) Regierung: Interne Willensbildung .....	34
2. Die auswärtige Gewalt .....	35
a) Begriff der auswärtigen Gewalt .....	35
b) Verfassungsgeschichtlicher Hintergrund .....	36
c) Regelungen zur auswärtigen Gewalt im Grundgesetz .....	38
3. Rechtsprechung des BVerfG zur Gewaltenteilung im Bereich der auswärtigen Gewalt .....	40
a) Die Bundesrepublik während und unmittelbar nach der Besetzung .....	40
aa) Entscheidungen des BVerfG .....	40
bb) Zeitliche und politische Einordnung .....	42
b) Internationale Zusammenarbeit im Rahmen der NATO ....	43
aa) Entscheidungen des BVerfG .....	43
bb) Kritik .....	44
c) Kompetenzen des Bundestags beim Einsatz deutscher Streitkräfte im Ausland .....	46
aa) <i>Out of Area</i> -Entscheidung .....	46
bb) Schlussfolgerungen .....	47
d) Kompetenzen des Bundestags bei der europäischen Integration .....	49
aa) Regelung des Art. 23 GG .....	49
bb) Entscheidungen des BVerfG .....	50
cc) Schlussfolgerungen .....	51
e) Fazit .....	52
II. Die Anwendung von Art. 59 Abs. 2 Satz 1 GG auf die Kündigung von völkerrechtlichen Verträgen .....	52
1. Grundbegriffe des Art. 59 Abs. 2 Satz 1 GG .....	53
a) Verträge .....	53
b) Verträge zur Regelung der politischen Beziehungen des Bundes .....	54

c) Verträge mit Bezug auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung .....	55
d) Zustimmung oder Mitwirkung der für die Bundesgesetzgebung zuständigen Körperschaften .....	57
2. Wortlaut und Systematik von Art. 59 Abs. 2 Satz 1 GG .....	58
3. Historische Entwicklung der Vorschrift zur Beteiligung des Parlaments .....	60
a) Reichsverfassung von 1871 .....	60
b) Weimarer Reichsverfassung .....	61
c) Beratungen im Parlamentarischen Rat .....	63
4. Zwecke des Zustimmungserfordernisses gemäß Art. 59 Abs. 2 Satz 1 GG .....	65
a) Zwecke des Zustimmungserfordernisses im Allgemeinen ...	65
b) Zweck des Zustimmungserfordernisses bei Art. 59 Abs. 2 Satz 1 Var. 2 GG .....	67
aa) Vollzugssicherung und Schutz der parlamentarischen Entscheidungsfreiheit .....	67
bb) Grundsatz: Aufhebung eines formellen Gesetzes durch ein formelles Gesetz .....	68
c) Zweck des Zustimmungserfordernisses bei Art. 59 Abs. 2 Satz 1 Var. 1 GG .....	71
aa) Parlamentarische Mitwirkung an außenpolitischen Grundsatzentscheidungen .....	71
bb) Übernahme parlamentarischer Mitverantwortung durch den Vertragsschluss .....	72
cc) Ausnahme bei Teilkündigungen? .....	74
dd) Ausnahme bei Verträgen mit besonders großer außenpolitischer Relevanz? .....	76
(1) Verträge, durch die gem. Art. 24 Abs. 1 GG Hoheitsrechte übertragen werden .....	76
(2) Verträge über Krieg und Frieden .....	78
5. Ergebnis .....	79
 2. Teil: Treaty Override .....	 81
A. Völkerrechtliche Regeln zum Treaty Override .....	81
I. Treaty Override als Völkerrechtsverstoß .....	81
II. Folgen eines Vertragsverstoßes durch den Gesetzgeber: Grundlagen	83
III. Durchsetzung von vertraglichen Pflichten auf Basis des Vertrags selbst .....	84
1. Durchsetzung mithilfe eigener Gerichte .....	84
2. Durchsetzung mithilfe eigener nicht-gerichtlicher Institutionen	86
a) Menschenrechtliche Verträge .....	86

b) Europaratssatzung und UN-Charta .....	86
3. Durchsetzung ohne eigene Institutionen .....	87
IV. Rechtsfolgen von Vertragsverletzungen nach den Regeln der Staatenverantwortlichkeit .....	88
1. Voraussetzungen der Staatenverantwortlichkeit (insb.: Rechtswidrigkeit der Handlung) .....	89
a) Rechtfertigung nach Art. 20 ff. ILC-Artikel .....	89
b) Rechtfertigung im Falle des Treaty Overrides .....	91
2. Folgen der Staatenverantwortlichkeit .....	92
a) Wiedergutmachung nach Art. 34 ff. ....	93
aa) Erfordernis eines durch die Völkerrechtsverletzung verursachten Schadens .....	93
bb) Wiedergutmachung i.S.v. Art. 31 ILC-Artikel bei Nachteilen für eigene Staatsangehörige? .....	95
b) Rechtsfolgen bei schweren Verletzungen von <i>ius cogens</i> - Normen .....	96
c) Durchsetzung der Sekundäransprüche mithilfe von Repressalien .....	97
3. Verhältnis des allgemeinen Staatenverantwortlichkeitsrechts zu speziellen Durchsetzungsmechanismen .....	98
V. Gerichtliche Durchsetzung jenseits vertragseigener Regimes .....	99
1. Internationaler Gerichtshof .....	99
2. Internationaler Strafgerichtshof .....	100
3. Internationale Schiedsverfahren .....	101
VI. Zusammenfassung .....	102
<i>B. Die verfassungsrechtliche Zulässigkeit des Treaty Overrides</i> .....	104
I. Einführung .....	104
1. Einbeziehung von Völkerrecht ins nationale Recht .....	104
2. Rangverhältnis: Rechtsanwendungsbefehl und völkervertragliche Normen .....	106
II. Pflichten des Gesetzgebers aus der Völkerrechtsfreundlichkeit des Grundgesetzes .....	107
1. Der Grundsatz der Völkerrechtsfreundlichkeit .....	108
a) Aspekte der Völkerrechtsfreundlichkeit .....	108
b) Pflichten auf Grundlage der Völkerrechtsfreundlichkeit ....	111
2. Bindung des Gesetzgebers: Widerspruch zu Art. 25 und Art. 59 Abs. 2 Satz 1 GG .....	112
a) Differenzierende Regelungen zum Rang völkerrechtlicher Normen .....	113
b) Pflichten des Gesetzgebers aus Art. 25 Satz 1 GG i.V.m. dem Grundsatz <i>pacta sunt servanda</i> ? .....	116
3. In Ausnahmefällen: Völkerrechtliche Verträge als mittelbarer Beurteilungsmaßstab für Parlamentsgesetze .....	117

4. Kein grundsätzliches Gebot der Abwägung mit „tragenden Verfassungsgrundsätzen“ .....	119
5. Schlussfolgerungen .....	121
III. Pflichten des Gesetzgebers aus dem Rechtsstaatsprinzip .....	122
1. Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung .....	123
a) Widerspruchsfreiheit der Rechtsordnung als Element des Rechtsstaatsprinzips .....	123
b) Widerspruch zwischen Völkerrecht und nationalem Recht: zwei getrennte Rechtsordnungen .....	125
c) Widerspruch zwischen Zustimmungsgesetz und Treaty-Override-Gesetz: Lösung nach den herkömmlichen Normkonfliktregeln .....	126
2. Pflicht zum vertragskonformen Verhalten aus Gründen der Gewaltenteilung .....	126
a) Begrenzter Handlungsspielraum des Parlaments im Bereich der auswärtigen Gewalt .....	126
b) Organtreue des Parlaments gegenüber der Regierung .....	128
aa) Das Prinzip der Verfassungsorgantreue .....	129
bb) Die Verfassungsorgantreue als Schranke für die Gesetzgebung? .....	130
IV. Zusammenfassung .....	132
3. Teil: Die Lösung von bestimmten Arten von völkerrechtlichen Verträgen .....	135
A. <i>Gründungsverträge kollektiver Sicherheitssysteme</i> .....	135
I. Einordnung in kollektive Sicherheitssysteme gem. Art. 24 Abs. 2 GG .....	136
1. Terminologie des Art. 24 Abs. 2 Halbsatz 1 GG .....	136
a) System gegenseitiger kollektiver Sicherheit .....	136
aa) Keine trennscharfe Unterscheidung zwischen kollektiver Sicherheit und kollektiver Selbstverteidigung möglich .....	138
bb) Sinn und Zweck des Art. 24 Abs. 2 GG .....	141
b) Einordnung zur Wahrung des Friedens .....	142
2. Funktionen des Art. 24 Abs. 2 GG .....	144
a) Grundsätzlich: keine Verpflichtung des Bundes zur Einordnung .....	145
b) Bloße Ermächtigung des Bundes zur Einordnung? .....	147
aa) Institutionalisierte Zusammenarbeit und Beschränkung von Hoheitsrechten .....	147
bb) Beteiligung an kollektiven Sicherheitsmaßnahmen .....	148
cc) Art. 24 Abs. 2 GG als Ausdruck der Abkehr vom traditionellen Souveränitätsverständnis .....	150

c)	Art. 24 Abs. 2 GG als Ausdruck des Friedensgebots	151
d)	Art. 24 Abs. 2 GG als Ausdruck des Sicherheitsbedürfnisses	153
e)	Ergebnis und weitere Fragestellungen	154
II.	Bindung durch wehrverfassungsrechtliche Vorschriften	155
1.	Der NATO-Beitritt als Bedingung für Wiederbewaffnung und Wehrverfassung	155
a)	Völkerrechtliche Verknüpfung	155
b)	Die (politische) Perspektive des verfassungsändernden Gesetzgebers	157
2.	Die Wehrverfassung: grundsätzlich keine Festlegung auf kollektive Sicherheitssysteme	158
a)	Die Entwicklung der grundgesetzlichen Wehrverfassung	158
b)	Freie Wahl der Verteidigungsform	160
3.	Abwägungspflichten im Hinblick auf das Gebot der effektiven Verteidigung	162
a)	Verteidigungsgebot des Grundgesetzes	162
b)	Weiter Entscheidungsspielraum im Rahmen des Verteidigungsgebots	163
c)	Austritt aus der NATO	165
aa)	Rückgang „klassischer“ bewaffneter Angriffe	165
bb)	Zweifel an der Bündnistreue	168
cc)	Kritik an Out of Area-Einsätzen	170
d)	Austritt aus den UN	172
III.	Bindung durch das Friedensgebot des Grundgesetzes	172
1.	Art. 26 Abs. 1 Satz 1 GG	173
a)	Art. 26 Abs. 1 Satz 1 GG als Ausdruck eines positiven Friedensverständnisses?	174
b)	Art. 39 UN-Charta als Auslegungshilfe	176
2.	Allgemeines Friedensgebot des Grundgesetzes	178
a)	Herleitung und Inhalt des Friedensgebots	178
b)	UN-Austritt: Verletzung des allgemeinen Friedensgebots	180
aa)	Deutschlands Rolle in der internationalen Gemeinschaft nach dem Grundgesetz	181
bb)	UN-Austritt als Verletzung des Wiedereingliederungsauftrags	183
IV.	Zusammenfassung	185
B.	Menschenrechtliche Verträge	186
I.	Konzeption des Art. 1 GG	188
1.	Bezug zu naturrechtlichen Menschenrechten	188
2.	Öffnung für völkerrechtliches Verständnis der Menschenrechte	191
II.	In Bezug genomme völkerrechtliche Menschenrechte	192



1. Bezugnahme auf Menschenrechte mit „besonderem Rang“ im Völkerrecht? .....	193
2. Anknüpfung an die westlich-europäische Menschenrechtstradition .....	196
a) Unterschiedliche Menschenrechtstraditionen .....	196
b) Die Idee der Menschenrechte im Grundgesetz .....	198
c) Besondere verfassungsrechtliche Relevanz der EMRK .....	201
III. Treaty Overrides im menschenrechtlichen Bereich .....	202
1. Vergleich zwischen EMRK und Grundrechtskatalog .....	203
a) Freiheitsrechte .....	203
aa) Schutzbereich .....	204
bb) Einschränkung .....	205
(1) Gesetzesvorbehalte in Art. 8 bis 11 EMRK, Art. 1 ZP 1 und Art. 2 ZP 4 .....	206
(2) Detaillierte Schrankenregelungen in Art. 2, 4 und 5 EMRK .....	208
(a) Unterschiedlicher Regelungsstil .....	209
(b) Nachträglich angeordnete Sicherungsverwahrung als Beispiel für unterschiedliche Abwägungsergebnisse .....	210
cc) Freiheitsrechte und positive Pflichten .....	211
b) Verfahrensgarantien .....	214
aa) Grundsätzliche Geltung .....	214
bb) Reichweite der Gewährleistungen .....	215
2. Reichweite des Gebots menschenrechtsfreundlicher Auslegung .....	216
a) Vergleichbarkeit der jeweiligen Fälle .....	218
b) Weitere Grenzen des Gebots menschenrechtsfreundlicher Auslegung .....	220
aa) Demokratieprinzip .....	220
(1) Gesetzgeberische Freiheit im Bereich der Grundrechte: Grundsätze .....	220
(2) Gesetzgeberische Freiheit und Gebot der menschenrechtsfreundlichen Auslegung .....	222
bb) Entgegenstehende Verfassungswerte ohne „völkerrechtliches Pendant“ .....	223
3. Verfassungsändernde Gesetze .....	224
IV. Die Kündigung von menschenrechtlichen Verträgen .....	226
V. Zusammenfassung .....	227
C. <i>Verträge zum Umfang des deutschen Staatsgebiets (insb. der Zwei-plus-Vier-Vertrag)</i> .....	228
I. Der Umfang des deutschen Staatsgebiets auf Grundlage des Völkerrechts .....	230

1. Die deutschen Grenzen vor dem Zweiten Weltkrieg .....	230
2. Verträge bezüglich des deutschen Staatsgebiets nach dem Zweiten Weltkrieg .....	232
3. Der Zwei-plus-Vier-Vertrag .....	234
a) Insbesondere: Abtretung der sog. Deutschen Ostgebiete ....	235
b) Pflichten auf Basis von Art. 1 ZpVV .....	236
II. Denkbare „Szenarien“ der Lösung von territorialen Vertragsbestimmungen .....	238
1. Kündigung .....	238
a) Kündigung gemäß Art. 60 ff. WVRK .....	238
b) Gewillkürte Kündigung .....	240
2. Treaty Override .....	242
III. Verfassungsrechtliche Bewertung .....	244
1. Bindung durch die territorialen Bestimmungen des Grundgesetzes .....	244
a) Wiedervereinigung von Bundesrepublik und DDR: Vollendung der staatlichen Einheit .....	244
b) Verfassungsrechtliche Geltung des völkerrechtlichen Status quo .....	246
2. Bindung durch das Friedensgebot des Grundgesetzes .....	248
a) Kündigungserklärung als friedensstörende Handlung i.S.v. Art. 26 Abs. 1 Satz 1 GG .....	248
b) Kündigungserklärung als Verstoß gegen das allgemeine Friedensgebot des Grundgesetzes .....	249
c) Treaty Override .....	252
IV. Zusammenfassung .....	253
 Zusammenfassung und Schlussbetrachtungen .....	 255
A. Die Kündigung völkerrechtlicher Verträge (1. Teil) .....	255
B. Treaty Override (2. Teil) .....	256
C. Gemeinsame Betrachtungen zum 1. und 2. Teil .....	259
D. Die Lösung von bestimmten Arten von völkerrechtlichen Verträgen (3. Teil) .....	262
I. Gründungsverträge kollektiver Sicherheitssysteme .....	262
II. Menschenrechtliche Verträge .....	263
III. Verträge zum Umfang des deutschen Staatsgebiets .....	265
E. Schlussbetrachtungen .....	266

Thesen (Kurzzusammenfassung) .....	268
Literaturverzeichnis .....	271
Register .....	295